

Bernd Greiner/Tim B. Müller/Claudia Weber (Hg.)

# **Macht und Geist im Kalten Krieg**

Studien zum Kalten Krieg  
Band 5

Hamburger Edition

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH  
Mittelweg 36  
20148 Hamburg  
[www.Hamburger-Edition.de](http://www.Hamburger-Edition.de)

© 2011 by Hamburger Edition

Redaktion: Jörg Später  
Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras  
Typografie und Herstellung: Jan und Elke Enns  
Satz aus Sabon von Dörlemann Satz, Lemförde  
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck  
Printed in Germany  
ISBN 978-3-86854-237-0  
1. Auflage September 2011

# Inhalt

BERND GREINER Macht und Geist im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick	7
<b>Mobilisierung und Selbstmobilisierung</b>	
REBECCA LOWEN Zur Verflechtung von Politik und Universitäten in den USA	31
DAVID C. ENGERMAN Die Ursprünge der amerikanischen Sowjetologie im Zweiten Weltkrieg	50
JOHN KRIGE Die Führungsrolle der USA und die transnationale Koproduktion von Wissen	68
ALEXEI KOJEWNIKOW Die Mobilmachung der sowjetischen Wissenschaft	87
WLADISLAW M. SUBOK Sowjetische Westexperten	108
PETER C. CALDWELL Sozialistische Wirtschaftslehre: Zur Planung und Kontrolle einer Disziplin	136
<b>Zwischen Modernisierung und Weltuntergang</b>	
HUNTER HEYCK Die Moderne in der amerikanischen Sozialwissenschaft	159
MICHAEL A. BERNSTEIN Die Transformation der amerikanischen Wirtschaftswissenschaft	180
RÜDIGER GRAF Das »Petroknowledge« des Kalten Krieges	201
ANDREAS WIRSCHING Bildung als Wettbewerbsstrategie	223
MARIO KESSLER Zur Futurologie von Ossip K. Flechtheim	239

PAUL ERICKSON Eine Neubewertung der Spieltheorie	258
RON ROBIN Gleichgewicht des Schreckens oder des Irrtums?	276
<b>Produktion und Anwendung von Wissen</b>	
PHILIP ROCCO Wissensproduktion in der RAND Corporation	301
KENNETH OSGOOD Propaganda und psychologische Kriegführung auf Amerikanisch	321
SÖNKE KUNKEL Amerikanischer Wissenstransfer im Nigeria der frühen 1960er Jahre	341
MORITZ FEICHTINGER Modernisierung als Waffe	359
SLAWA GEROWITSCH Kyberkratie oder Kyberbürokratie in der Sowjetunion	376
CONSTANTIN KATSAKIORIS Sowjetische Bildungsförderung für afrikanische und asiatische Länder	396
<b>Wege aus der Gefahr?</b>	
HOLGER NEHRING Frieden durch Friedensforschung?	417
FRED TURNER Gegenkulturelle Ästhetik? Sozialtechnologien und die Expo '70	437
DOUG ROSSINOW Konservativer und rechter Dissens in den USA	458
PERRIN SELCER UNESCO, Weltbürgerschaft und Kalter Krieg	476
MICHAEL D. GORDIN »True GRIT«: Rationalität, nukleare Abrüstung und Semantik	497
STEPHEN V. BITTNER Die sowjetische Dissidenz und Intelligenzija	517
Zu den Autorinnen und Autoren	537

Perrin Selcer

## UNESCO, Weltbürgerschaft und Kalter Krieg

Führende Kenner der Vereinten Nationen haben Inis Claudes klassische Unterscheidung zwischen den »ersten UN« (Mitgliedsstaaten) und den »zweiten« (Sekretariate) unlängst um die »dritten UN« ergänzt.<sup>1</sup> Sie bestehen aus Nichtregierungsorganisationen (NGOs), beratenden Komitees sowie aus einzelnen Experten, Politikern und Aktivisten. Für viele Internationalisten der Nachkriegsjahre jedoch hingen die Aussichten einer demokratischen Weltordnung in letzter Instanz nicht von Regierungen, Sekretariaten oder auch den kosmopolitischen Eliten der dritten UN ab. Entscheidend für sie war vielmehr eine fiktive Gemeinschaft, die man als »vierte UN« bezeichnen könnte – eine Gemeinschaft einfacher Bürger, deren Loyalität auf die Vereinten Nationen gerichtet war. Das galt vor allem für die Anhänger der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization/Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur). Im vorliegenden Beitrag untersuche ich diese fiktive Weltgemeinschaft, die jenen Internationalisten so lebhaft vor Augen stand, und analysiere die Strategien, mit der die neue vorgestellte Gemeinschaft verwirklicht werden sollte. Diese utopische Vision zerschellte schließlich an den harten Realitäten des Kalten Krieges. Jenseits der internationalen Politik leuchte ich zudem den Streit um ein UNESCO-Programm im Schulbezirk Los Angeles aus, um die komplexe Beziehung zwischen internationaler und lokaler Ebene zu verdeutlichen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen amerikanische Internationalisten in den Vereinten Nationen hoffnungsvoll den Embryo einer demokratischen Weltregierung, die an die Stelle einer teils anarchischen, teils imperialen, der Realität einer interdependenten Weltgesellschaft hinterherhinkenden internationalen Ordnung treten würde. Ihre Hoffnungen richteten sich indes nicht auf die explizit politische Generalversammlung, sondern auf die UN-Sonderorganisationen, die mithilfe von Expertenwissen weltweite Probleme wie Hunger (FAO, Food and Agriculture Organization/Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation), Krankheit (WHO, World Health Organization/Weltgesundheitsorganisation) und mangelnde Bildung (UNESCO) zu lösen versuchten. Durch die Einbeziehung verschie-

---

1 Thomas Weiss/Tatiana Carayannis/Richard Jolly, The »Third« United Nations, in: *Global Governance* 15 (2009), S. 123–142.

dener Staaten in Entwicklungsprojekte sollten diese funktionalen internationalen Regierungsorganisationen still und leise nationale wie administrative Grenzen abbauen, um so den Apparat einer künftigen Weltregierung vorzubereiten; durch ihre praktischen Dienste sollten sie weltweit die öffentliche Meinung für sich gewinnen. Die Anhänger dieser als »Funktionalismus« bezeichneten Strategie zur Integration der Weltgemeinschaft sahen dabei gerade im ausdrücklich apolitischen Charakter der Wissenschaften etwas, das politisch von großem Nutzen sein konnte.<sup>2</sup>

Als die für diesen Bereich zuständige UN-Organisation interessierte sich insbesondere die UNESCO dafür, wie Wissenschaft in den Dienst sozialer und politischer Reformen gestellt werden könnte. 1950 veröffentlichte sie die erste Ausgabe ihrer Zeitschrift *Impact of Science on Society*. »Wissenschaft wirkt sich vor allem in zweierlei Weise auf die Gesellschaft aus«, begann das programmatische Editorial, »technisch, indem sie die materiellen Bedingungen von Leben, Arbeit und Produktion verändert; und geistig, indem sie die Denkweise der Menschen verändert.« Der geistige Einfluss der Wissenschaft könne sich letztlich als »weitaus wichtiger für die Menschheit als ihr Beitrag zum materiellen Wohlstand« erweisen, doch »beim gegenwärtigen Zustand der Welt kann es kein realpolitisches Ziel sein, dass sich die wissenschaftliche Einstellung auf die gesamte Menschheit ausbreitet«. Die »hungernden Millionen« müssten zunächst ernährt werden, bevor man von ihnen eine solche Einstellung erwarten könne.<sup>3</sup>

Kritiker wie Anhänger der UNESCO hatten wenig Anlass zu dem Vorwurf, dass sie dem Diktat der »Realpolitik« folge. Ihr Auftrag entsprach nicht wirklich der Logik des Funktionalismus. Ein berühmter Satz aus ihrer Verfassung lautete: »Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.«<sup>4</sup> Die grundlegende Aufgabe bestand darin, irrationale, engstirnige Denkmuster durch eine »kritische Wahrnehmung« und »objektive Einstellung« zu ersetzen. So erläuterte eine Broschüre der Abteilung Erziehung, die »Universalität bestimmter geistiger Verhaltensmuster, nämlich genau jener, die die wissenschaftliche Methode ausmachen«, demonstrierte die psychologische

---

2 David Mitrany, *A Working Peace System*, Chicago 1966; Ernst Haas, *Beyond the Nation-State. Functionalism and International Organization*, Stanford 1964.

3 *The Impact of Science on Society*, Editorial in: *Impact of Science on Society* 1 (1950), Heft 1, S. 1f.

4 Verfassung der UNESCO, im Internet unter [http://www.unesco.de/unesco\\_verfassung.html](http://www.unesco.de/unesco_verfassung.html) (21. 2. 2011).

Einheit der Menschheit.<sup>5</sup> Die Verpflichtung auf eine geistige Strategie zur Verbesserung der Welt war tief in der institutionellen Kultur der UNESCO verankert.

Aus Sicht vieler Mitarbeiter der Organisation ergänzten sich der technische und der geistige Ansatz; beide waren Mittel, um politische Grenzen abzubauen und die friedliche Integration der Weltgemeinschaft zu fördern. Es bestanden jedoch auch erhebliche Widersprüche zwischen ihnen. Die technische Strategie klammerte umstrittene politische Fragen bewusst aus, um sich auf praktische Probleme zu konzentrieren. Die geistige Strategie zielte dagegen auf eine direkte Bekämpfung emotional aufgeladener Vorurteile. Vor allem aber stützte sich die erste auf eine Elite kosmopolitischer Experten, während die zweite auf eine Gemeinschaft einfacher Weltbürger setzte.

Dieser Beitrag untersucht, wie die Bemühungen der UNESCO, mit ihrem geistigen Ansatz Menschen zu Weltbürgern zu erziehen, in den Vereinigten Staaten einen empfindlichen Rückschlag erlitten. In der McCarthy-Ära wurde die UNESCO zu einem Kampfterrain, auf dem über die Frage gerungen wurde, was es bedeutet, ein Amerikaner zu sein, was es bedeutet, Führer der sogenannten freien Welt zu sein, und welche Rolle die Regierung und Experten in der amerikanischen Gesellschaft spielen sollten. Diplomatiehistoriker haben beschrieben, wie sich in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren, als die Spannungen des Kalten Krieges aufkamen, auch die kulturellen Beziehungen Amerikas zu anderen Ländern verhärteten.<sup>6</sup> Der Streit um die UNESCO in der Schulpolitik von Los Angeles zeigt, wie Kämpfe, die auf der Ebene von Stadtteilen ausgefochten wurden, in Wechselwirkung mit der Diplomatie die Ziele internationaler Kooperation prägten.

## Die Theorie der Reform durch Osmose

Obwohl als internationale Regierungsorganisationen bezeichnet, repräsentierten die UN-Sonderorganisationen nicht einfach die Interessen der nationalen Regierungen. In der UNESCO wurden zwar die »ersten UN« in

---

5 UNESCO, *In the Classroom with Children under Thirteen Years of Age*, Paris 1952, S. 45.

6 Frank Ninkovich, *The Diplomacy of Ideas. U.S. Foreign Policy and Cultural Relations, 1938–1950*, Cambridge 1981; S. E. Graham, *The (Real)politics of Culture. U.S. Cultural Diplomacy in Unesco, 1946–1954*, in: *Diplomatic History* 30 (2006), Heft 2, S. 231–251.

der Generalkonferenz institutionalisiert, einem Forum, in dem Regierungen über Programme und Haushalte verhandelten. Doch feierten enthusiastische UNESCO-Mitarbeiter die Rolle der »dritten UN« – die Förderung transnationaler Zusammenarbeit auf Nichtregierungsebene. Tatsächlich konnten die »dritten UN« insbesondere in den unbeschwerten ersten Jahren der Organisation eine entscheidende Rolle spielen. Da sich die Regierungen für die Programme der UN-Sonderorganisationen nicht im Detail interessierten, wurden ihre Positionen in der Generalkonferenz meist von beratenden NGOs und gut vernetzten Experten bestimmt. Solche Akteure der »dritten UN« sahen einen wesentlichen Zweck ihrer Beteiligung an internationalen Organisationen darin, die Politik der eigenen Regierung zu beeinflussen – oder gar die öffentliche Meinung in ihrem Land. Für sie bestand das höchste Ziel transnationaler Kooperation darin, den eröffnenden Worten der UN-Charta – »Wir, die Völker der Vereinten Nationen ...« – Bedeutung zu verleihen.

Die Grenzen zwischen den drei UN waren überaus durchlässig. Bei den Mitgliedern wissenschaftlicher Beratungsgremien handelte es sich meist um Leiter nationaler oder kolonialer Behörden, Experten waren zugleich im akademischen Bereich, für Regierungen und UN-Sekretariate tätig. Die ambitionierteste organisatorische Innovation der UNESCO erfolgte mit der Gründung nationaler Kommissionen, die sie ihrem Anspruch näherbringen sollten, die UN-Organisation »der Menschen« zu sein. Mit ideeller Unterstützung der jeweiligen nationalen Regierung, aber als Vertreter der Zivilgesellschaft konzipiert, sollten sie für die Arbeit der UNESCO werben, Regierungen beraten und nationale Initiativen koordinieren. Selbst der Exekutivrat der UNESCO, der die Umsetzung der Programme durch den Generaldirektor beaufsichtigen sollte, demonstrierte die Durchlässigkeit der Grenzen zwischen Regierungs- und Nichtregierungsstrukturen. Anfangs bestand er aus namhaften Intellektuellen, die ihm als Individuen in eigener Verantwortung angehörten. Allerdings wurde genauestens auf eine geografisch ausgewogene Zusammensetzung des Gremiums geachtet, auch garantierte man den Großmächten Sitze. Viele Ratsmitglieder erhielten in Wirklichkeit Anweisungen von ihren Regierungen.<sup>7</sup> Solche verschwommenen Grenzen konnten Misstrauen wecken, und die staatliche Einflussnahme auf Kunst und Wissenschaft ist in der Geschichtsschreibung über kulturelle Beziehungen im Kalten Krieg bis heute kein unbekanntes Thema.<sup>8</sup>

---

7 James Sewell, *Unesco and World Politics. Engaging in International Relations*, Princeton 1975, S. 71–137.

8 Frances Stonor Saunders, *Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg*, Berlin 2001.



Wissenschaftler hatten sich jedoch während des Krieges daran gewöhnt, in Teams für Regierungsprojekte zu arbeiten, und sahen in der Regel keinen Konflikt zwischen einer Tätigkeit für die Regierung und ihren eigenen internationalistischen Überzeugungen.<sup>9</sup> In der Logik des Funktionalismus betrachtet, deutete die Durchlässigkeit der Grenzen zwischen den drei UN mitnichten auf eine unbotmäßige staatliche Einflussnahme hin, sondern galt als eine Art institutionelle Osmose, die Reformen fördern könnte. Nicht nur Personen überquerten demnach die Grenzen zwischen nationalen Regierungen, internationalen Organisationen und Zivilgesellschaft, sondern in ihrem Gefolge auch Werte und Normen. Durch solche Austauschprozesse zwischen heterogenen internationalen Netzwerken sollten die Programme der UN-Sonderorganisationen der Integration der Weltgemeinschaft dienen. Dem Expertenwissen kam in der Theorie der Reform durch Osmose besondere Bedeutung zu, da es gleichsam als neutrales Partikel mühelos die Membranen zwischen den drei UN durchdringen konnte.

Den Regierungen der beiden Supermächte behagten diese flüssigen organisatorischen Unterteilungen allerdings nicht. Wer in der Sowjetunion der späten 1940er Jahre die Werte des Kosmopolitismus feierte, gefährdete nicht nur seine Karriere, und der Gedanke dreier UN ergab schwerlich Sinn, wenn bereits innerhalb des Landes die Partei die einzige Repräsentantin des Volkes war. Bis zu Stalins Tod trat die Sowjetunion nicht der UNESCO bei.<sup>10</sup> Die US-Regierung wiederum entschied, dass die kulturellen Beziehungen im Kalten Krieg eine zu sensible Angelegenheit waren, um sie dem kaum abschätzbaren Wirken einer internationalen Regierungsorganisation zu überlassen. Anstatt die UNESCO finanziell auszustatten, flossen Millionen US-Dollar in vermeintlich nichtstaatliche Initiativen wie den Congress of Cultural Freedom, hinter denen in Wirklichkeit die CIA stand, und den Rundfunksender Voice of America. Den Information and Educational Exchange Act – ein Gesetz, das die internationale Informations- und Kulturpolitik der US-Regierung regelte – bezeichnete das amerikanische Außenministerium 1947 als »aggressives Programm zur Unterstützung unserer Außenpolitik«.<sup>11</sup> Die Vereinigten Staaten waren zudem

---

9 Allan Needell, *Science, Cold War and the American State*. Lloyd V. Berkner and the Balance of Professional Ideals, Amsterdam 2000.

10 Illya Gaiduk, *L'Union Soviétique et l'UNESCO pendant la Guerre Froide*, in: UNESCO (Hg.), *60 ans d'Histoire de l'UNESCO*, Paris 2007, S. 281–286; Caroline Kennedy-Pipe, *Stalin's Cold War. Soviet Strategies in Europe, 1943 to 1956*, Manchester 1995.

11 Ninkovich, *Diplomacy of Ideas*, S. 134f.

federführend daran beteiligt, in der UNESCO die Vorrechte der Mitgliedsstaaten zur Geltung zu bringen – eine Verschiebung, die sich 1954 in einer Verfassungsänderung der Organisation manifestierte, die die Mitglieder des Exekutivrats zu Regierungsvertretern machte. Solche kulturellen Beziehungen waren offenkundig weit davon entfernt, nationale Interessen zu überschreiten.

Darüber hinaus versuchte die US-Regierung, die UNESCO für eine kulturelle Offensive zu instrumentalisieren. 1950 drängte sie die Organisation, eine »Informations«-Kampagne zur Unterstützung der UN-Intervention in Korea durchzuführen, und 1954 versuchte Außenminister John Foster Dulles amerikanische und UNESCO-Programme in Südostasien zu koordinieren, um »den Widerstand gegen den Kommunismus zu stärken«. <sup>12</sup> Walter Sharp, Politologe und ehemals Leiter eines UNESCO-Programms, kam zu dem Schluss, »indem die Tätigkeit der UNESCO kurzfristig zu einem klareren Verständnis des sowjetischen Totalitarismus beiträgt, könnte sie [...] die bestehenden bipolaren politischen Spannungen eher verschärfen [...] als mildern«. <sup>13</sup>

Doch stattdessen wurde die UNESCO selbst ein Opfer des Antikommunismus. 1952 gelang es Senator Pat McCarran, ein Haushaltsgesetz um die Bestimmung zu erweitern, dass jede Organisation, die »direkt oder indirekt auf »eine Weltregierung oder Weltbürgerschaft« hinarbeitet«, von öffentlicher Förderung auszuschließen sei. Als der von ihm geleitete Senatsausschuss für innere Sicherheit damit begann, die Loyalität amerikanischer UN-Mitarbeiter zu überprüfen, geriet als erste Sonderorganisation die UNESCO ins Visier. 1953 verpflichtete Präsident Truman mit der Verfügung 10422 alle US-Bürger, die für UN-Organisationen arbeiteten, zu einer Sicherheitsüberprüfung durch das FBI. <sup>14</sup> Das war keine Stärkung der Grenzen zwischen den drei UN, sondern drängte die transnationale Kooperation zurück.

Das Außenministerium sah den Sinn seiner Wachsamkeit eher darin, die UNESCO vor ihren amerikanischen Feinden abzuschirmen, als Amerika vor ausländischer Subversion zu schützen. Doch es geht hier um mehr als ein Beispiel dafür, wie die Innenpolitik die Außenpolitik einer Demokratie

---

12 Dulles an die Pariser Botschaft, 5. 1. 1954, 398.43-UNESCO/7-3153, Box 1620, RG 59, NARA.

13 Walter R. Sharp, *The Role of Unesco: A Critical Evaluation*, in: *Proceedings of the Academy of Political Science* 24 (1951), Heft 2, S. 101–114.

14 Anne O'Hare McCormick, *Abroad: The Charge against UNESCO Is »Internationalism«*, *New York Times*, 30. 6. 1952, S. 18; Julian Behrstock, *The Eighth Case. Troubled Times at the United Nations*, Lanham, MD, 1987.

verzerren kann; die an den UNESCO-Programmen beteiligten amerikanischen Intellektuellen sahen in der transnationalen Kooperation ein Mittel, um amerikanische Einstellungen und Werte zu verändern – sie sollte durchaus »subversiv« sein.

## Die ganze Welt ein Klassenzimmer

Die in der sozialwissenschaftlichen Abteilung der UNESCO dominierenden Amerikaner hielten das Vermögen rationaler Diskurse, ideologische Konflikte zu lösen, für sehr begrenzt; schließlich war Ideologie gerade aufgrund ihrer irrationalen Beharrungskraft ein Problem. Sie suchten nicht nach einer universellen Wahrheit, sondern nach Einheit in der Vielfalt, und die erforderte unvoreingenommene, weltoffene Bürger mit der Fähigkeit zu interkultureller Zusammenarbeit. Einstellungen und Werte, Charakterstrukturen und Kulturen bildeten folglich die Zielscheiben ihrer Reformbemühungen. Und um das Denken der Menschen zu beeinflussen, waren die Werkzeuge der Sozialpsychologie wichtiger als politische Philosophie.

In der UNESCO war der sozialpsychologische Ansatz zur Schaffung einer Weltgemeinschaft zum einen Forschungsrichtung. Ein Projekt der sozialwissenschaftlichen Abteilung befasste sich mit »Spannungen, die die internationale Verständigung beeinträchtigen« – das »Tensions Affecting International Understanding«-Projekt, im Folgenden kurz »Tensions«-Projekt. Zum anderen wurde er von der Bildungsabteilung im Rahmen des »Bildungsprogramms für internationale Verständigung« als praktische Methode eingesetzt. Dabei blieb die Trennlinie zwischen Forschung und Praxis allerdings mit Absicht unscharf. Das »Tensions«-Projekt, das von beurlaubten amerikanischen Akademikern geleitet wurde, ging auf eine Resolution zurück, die Louise Wright, Direktorin des Chicago Council on Foreign Relations, 1947 in die Generalkonferenz eingebracht hatte. Sie autorisierte Forschungen über: Nationalcharakter; Stereotype; Methoden zur Veränderung »mentaler Einstellungen«; die »Einflüsse, die zu internationaler Verständigung oder aber aggressivem Nationalismus führen«; Probleme der Bevölkerungsentwicklung, einschließlich der Assimilation von Immigranten; sowie den »Einfluss der modernen Technik auf die Einstellungen von Menschen und ihre Beziehungen zueinander«. Dieser interdisziplinäre Ansatz vermutete die fundamentalen Ursachen von Konflikten in Familien, Schulen und Nachbarschaftsbeziehungen.<sup>15</sup>

---

15 Otto Klineberg, *Tensions Affecting International Understanding*, New York 1950.

Amerikaner waren auch am »Bildungsprogramm für internationale Verständigung« maßgeblich beteiligt, das mit einem »dynamischen Ansatz« Charakterstrukturen verändern wollte. In der Broschüre »In the Classroom with Children under Thirteen Years of Age«, seinem radikalsten Produkt, wurde gewarnt, dass »die Familie [...] die Kinder mit Nationalismus infiziert«; Lehrer müssten den »engen Familiengeist der Eltern« überwinden, der die Kinder an einer Integration in ihren Klassenverband hindere, einen ersten Kreis von sozialen Beziehungen, der sich schließlich bis zur Weltgemeinschaft erweitern sollte. Die spätere Direktorin der sozialwissenschaftlichen Abteilung Alva Myrdal hielt vor einer Gruppe von Pädagogen Vorlesungen über gesellschaftliche Bildungshürden, die von Armut bis zu berufstätigen Müttern reichten und Maßnahmen von finanzieller Hilfe bis zu Eheberatung erforderten. Bei ihrem vielleicht letzten öffentlichen Auftritt führte die Anthropologin Ruth Benedict vor derselben Gruppe aus, dass nationale Kulturmuster durch bereits mit der Geburt einsetzende Praktiken dem Individuum tief eingepägt würden. Erzieher von Weltbürgern müssten selbst zu Lernenden werden, sich einem vergleichenden Studium von Kulturen widmen und im Angesicht von Differenz wie ein Anthropologe »Objektivität und Toleranz« zeigen.<sup>16</sup>

Das Programm bestand aus einer Seminarreihe, deren Ziel es war, »Bande freundschaftlicher Verständigung und Zusammenarbeit« unter den Teilnehmern zu schaffen und mit gemeinsam erstellten Berichten einen Leitfaden für Lehrer zu entwickeln. 1947 beauftragte die UNESCO Howard E. Wilson vom Carnegie Endowment for International Peace mit der Organisation des ersten Seminars. Dieser erklärte, bei einer herkömmlichen Vorlesungsreihe könne die »immense Vielfalt der Hintergründe und Interessen« der 81 Teilnehmer aus 31 Ländern nicht hervortreten und genutzt werden, und außerdem sei eine solche Form für ein UNESCO-Projekt »zu autoritär im Ton«. Stattdessen verwendete das Seminar die Methode der auf Gruppen ausgerichteten sogenannten »Handlungsforschung«, um eine kooperative »Laboratmosphäre« zu schaffen.<sup>17</sup> Es war ein Experiment, das die Weltgemeinschaft als Mikrokosmos herstellen sollte.<sup>18</sup>

16 UNESCO, *In the Classroom*, S. 9, S. 37–50, S. 5–17, S. 7.

17 Howard E. Wilson, *Unesco's First Summer Seminar*, 22. 12. 1947, 327.6: 37 A 074 (44) »47«, *Educ. For Int. Understanding – Seminar – Sevres 1947, Part IV*, UNESCO.

18 Zu den erkenntnistheoretischen Grundlagen dieser Arbeit vgl. Perrin Selcer, *The View from Everywhere: Disciplining Diversity in Post-World War II International Social Science*, in: *Journal of the History of the Behavioral Sciences* 45 (2009), Heft 4, S. 309–329.

In der Methode der Handlungsforschung schlug sich der Einfluss von Kurt Lewins sozialpsychologischer Theorie der Gruppendynamik nieder; Lewin war die Verkörperung der geistigen Tradition, aus denen diese Programme hervorgingen. Selbst die Tatsache, dass er 1947 starb, passt ins Bild: Rückblickend stellt seine Arbeit den Schlusspunkt eines wissenschaftlichen Stils dar. Die Biografie Lewins, eines deutsch-jüdischen Flüchtlings in den Vereinigten Staaten, spiegelt die intellektuelle Genealogie des Ansatzes, der dem »Tensions«-Projekt zugrunde lag. Wenngleich sich in dem Projekt die wissenschaftliche Hegemonie Amerikas in der Nachkriegszeit ausdrückte, war es das Produkt früherer transatlantischer Austauschprozesse, bei denen der Strom der Gedanken vorwiegend westwärts verlaufen und insbesondere deutschsprachigen Ländern entsprungen war.

In einem Aufsatz schilderte Lewin 1939 ein Experiment über die fundamentalen Ursachen von Gewalt und sozialer Kohäsion, das als Mustertyp für diese Forschungsrichtung gelten kann. Lewins Team hatte zehnjährige Jungen in »Clubs« organisiert, die Bastelarbeiten machen sollten. Die Anleiter folgten drei verschiedenen Führungsstilen: einem autoritären, einem demokratischen und einem des Laissez-faire. Die beobachtenden Wissenschaftler bezogen »hinter einer niedrigen Leinwand in einer dunklen Ecke« ihre Forschungsstation, wo sie »für die Kinder und ihre Führer gar nicht zu existieren schienen«. Von dort aus verfolgten sie das »Gesamtverhalten der Gruppe«. Ihre Auswertung ergab, dass die Autokratien bimodal – entweder hyperaggressiv oder apathisch – waren; die Laissez-faire-Gruppen waren chaotisch und unproduktiv; und die Demokratien verzeichneten ein gesundes Maß an Aggression und vollste schöpferische Produktivität. Zwar warnte der Bericht vor »einer vorschnellen Verallgemeinerung, vielleicht gerade auf dem Feld der politischen Wissenschaft«, meinte aber, es »wäre falsch, die Möglichkeit einer Verallgemeinerung zu leugnen«, denn »das Geschehen hängt vor allem vom Muster [der Situation] ab und ist zwar nicht vollkommen, aber weitgehend unabhängig von der absoluten Größe der Gruppe«. Die Kinder waren zugleich ein Modell für Nationen und Objekte von Reformbemühungen. Hinter der Leinwand kauern, nahm das Forschungsteam eine Position ein, die von dem zu verstehenden und zu korrigierenden sozialen Feld sowohl getrennt war wie einen Teil von ihm darstellte. Das Experiment lieferte ein Argument zugunsten der Sozialdemokratie auf lokaler wie globaler Ebene.<sup>19</sup>

---

19 Kurt Lewin/Ronald Lippitt/Ralph K. White, Patterns of Aggressive Behavior in Experimentally Created »Social Climates«, in: *The Journal of Social Psychology* 10 (1939), S. 271–299.

Mit Blick auf die geistige Strategie zur Schaffung einer Weltgemeinschaft lautet die wichtige Frage nicht so sehr, ob die Intellektuellen die Öffentlichkeit von ihrer Vision der guten Gesellschaft überzeugen konnten. Entscheidend ist vielmehr, ob sie ein Ziel ausdrückten, das sich als Kristallisationspunkt für eine Bewegung eignete. Deuteten sie soziale Erfahrungen auf eine Weise, die der Öffentlichkeit einleuchtend genug erschien, um sie zu übernehmen? Letztendlich lautet die Frage, ob die kosmopolitischen Intellektuellen mit einer Öffentlichkeit interagierten, die Aussicht besaß, einen funktionsfähigen Staat zu bilden.

### Amerikanische Bürgerbeteiligung und das Ende der Weltgemeinschaft

Die starke Unterstützung, die das Ideal der Weltgesellschaft und der sozialpsychologische Ansatz zu seiner Verwirklichung durch amerikanische Bürger erhielten, überraschte selbst die internationalistische Elite. Laut einer Umfrage des Gallup-Instituts von 1947 waren 56 Prozent der Amerikaner für eine Stärkung der UN, »um sie zu einer Weltregierung zu machen, die mit der Macht ausgestattet ist, die Streitkräfte aller Nationen einschließlich der Vereinigten Staaten zu kontrollieren«. Noch 1949 sprachen sich 111 Mitglieder des Repräsentantenhauses in einer Resolution dafür aus, es zu einem »grundlegenden Ziel der Außenpolitik der Vereinigten Staaten« zu erklären, »die Vereinten Nationen zu fördern und zu stärken und ihre Weiterentwicklung zu einer Weltföderation anzustreben«. <sup>20</sup> Besonders ausgeprägt war die Unterstützung der UNESCO. Der Vorsitzende der US-amerikanischen Nationalen Kommission, Milton Eisenhower (ein Bruder von Dwight D. Eisenhower), gab zu: »Die Flut des Interesses aus der Bevölkerung steigt so rapide an, dass es mir schon fast Angst macht.« <sup>21</sup>

Die nervöse Begeisterung, die diese Breitenwirkung der UNESCO bei amerikanischen Intellektuellen auslöste, zeigte sich 1947 auf einer Konferenz an der University of Chicago zum Thema Weltgemeinschaft. Organi-

20 National Trend of Opinion on World Government, 1946–1953, Office of Public Opinion Studies 1943–1965, Public Opinion on Function and Organization of the United Nations, Box 23, RG 59, NARA; Thomas Weiss, What Happened to the Idea of World Government, in: *International Studies Quarterly* 53 (2009), S. 253–271.

21 Anne O’Hare McCormick, *Abroad: Where the United Nations Touches the Grass Roots*, *New York Times*, 13. 9. 1947, S. 10.

siert von Louise Wrights Ehemann Quincy, einem Professor für internationales Recht, und von den renommiertesten Wissenschaftlern des Landes besucht, skizzierte die Konferenz das Forschungsprogramm, aus dem schließlich das »Tensions«-Projekt hervorging. Zugleich offenbarte sie jedoch, dass dem Optimismus der Internationalisten bereits die vom Kalten Krieg hervorgerufenen Ängste entgegenstanden. Besonders deutlich zeigte sich dies, als Wrights Kollege Hans Morgenthau seine Irritation darüber äußerte, dass in den Diskussionen nie von Macht die Rede sei. In seinem Lehrbuch »Politics among Nations« von 1948 sprach er sich in Reaktion auf einen naiven Idealismus, wie ihn die UNESCO verkörpere, für politischen Realismus aus. Vor dem Hintergrund des heraufziehenden Kalten Krieges befürchtete Morgenthau, ein geistiges Überlaufen amerikanischer Bürger zu einer fiktiven Weltgemeinschaft könne das bipolare Kräftegleichgewicht destabilisieren.<sup>22</sup> Gleichwohl kam auf der Konferenz selbst noch im mahnenden Schlusswort von Herbert Emmerich Begeisterung zum Ausdruck: »Man bekommt leicht das Gefühl, dass die UNESCO die eigentliche UNO ist.« Das stimme zwar nicht, doch »Hunderte, wenn nicht Tausende von amerikanischen Freiwilligengruppen kommen zusammen, weil sie etwas über die UNESCO erfahren wollen [...] das ist eine Massenkultur – eine demokratische ›Graswurzelkultur‹ –, die jeden Lehrer und jeden Schüler im Land erfasst. Darin steckt ein riesiges politisches Potenzial, wenn wir es richtig zu nutzen wissen. Wir können es uns nicht leisten, uns darüber zu mokieren, dass die Elks, die Knights of Columbus, die Rotary Clubs und auch Frauenvereine auf UNESCO-Veranstaltungen auftauchen. Das belegt das starke Verlangen nach einer neuen Art von Bürgerschaft in einer neuen Weltgemeinschaft und Weltgesellschaft.«<sup>23</sup> Dieses starke Verlangen begeisterte die internationalistische Elite, zugleich plagte sie jedoch die Frage, wie man die Explosion der Energie nutzen könne, die der Anspruch der UNESCO, »die UN-Organisation der Menschen« zu sein, ausgelöst hatte.

Emmerich übertrieb nicht. Im ganzen Land bildeten sich UNESCO-Kommissionen auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene, nationale und regionale UNESCO-Konferenzen zogen Tausende von Delegierten an, die Hunderte von Organisationen repräsentierten. Wallace Stegner beschrieb damals, wie die Regionalkonferenz an der Pazifikküste »auf einem einzi-

---

22 Hans J. Morgenthau, *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace*, New York 1948. Dt.: *Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik*, Gütersloh 1963; zur UNESCO vgl. S. 434–443.

23 Herbert Emmerich, *Appraisals of the Conference*, in: Quincy Wright (Hg.), *The World Community*, Chicago 1948, S. 315.

gen Gedanken aufbaute: die Ideen und Prinzipien der UNESCO von der Ebene internationaler Planung, internationaler Organisation und abstrakter philosophischer Erklärungen auf die lokale Basisebene herunterzuholen«. Zu diesem Zweck teilte sich die Konferenz in Diskussionsgruppen auf, die mit Lewins gruppenspezifischer Methode arbeiteten. Stegner lobte »die Neigung, Einstellungen der lokalen oder nationalen amerikanischen Bevölkerung gegenüber genauso kritisch zu sein, wie man ausländischen gegenüber misstrauisch ist«. Am meisten Zuspruch fand der Bereich »Menschliche und soziale Beziehungen«. Sein Hauptanliegen war die Überwindung von »Spannungen auf lokaler Ebene, die aus Vorurteilen und Unwissenheit entstehen«, um so der Welt ein Beispiel zu geben – angefangen mit einer Gesetzgebung, die sich auf Präsident Trumans Bericht über die Bürgerrechte stützen sollte.<sup>24</sup>

Besonders aktive Förderer des »UNESCO-Gedankens« waren amerikanische Schulen. Das ambitionierteste Projekt entstand in Los Angeles, wo Schuldezernent Alexander Stoddard (ein Mitglied der nationalen UNESCO-Kommission) ein 1944 initiiertes Bildungsprogramm für internationale Verständigung zu einem bezirksweiten UNESCO-Programm ausbaute. Es folgte dem Grundsatz fortschrittlicher Pädagogik, den Lernprozess selbst höher zu bewerten als Leistungen. Durch »höfliches Zuhören, wenn andere Meinungen geäußert werden«, sollten die Schüler lernen, in einer Weltgemeinschaft zu leben. Ein monatliches UNESCO-Bulletin und Radiosendungen gehörten ebenso zu dem Programm wie besondere Wochen, etwa die UN-Woche, die Woche des Welthandels, die Panamerikanische Woche und die »Negro History«-Woche; stadtweite Jugendkonferenzen sollten »gute Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Gruppen in den Nachbarschaften [...] fördern«. Ziel des Programms war es, Schüler dazu zu erziehen, die »Liebe zu ihrem eigenen Land mit einem umfassenden sozialen Bewusstsein für die Probleme der Welt« zu verbinden.<sup>25</sup>

Obwohl das Programm auf konservative Werte wie Charakter und Höflichkeit setzte, blieben ihm reaktionäre Angriffe nicht erspart. 1951 warf ihm die Autorin Florence Lyons »offene Befürwortung einer Weltregie-

---

24 Wallace Stegner, A Delegate's View of the Conference, in: Report on Pacific Regional Conference on UNESCO, International Relations, 1948 United Nations: UNESCO, National Commission, National Resource Council Archives, Washington, D.C.

25 Zit. n. Glenn Warren Adams, The UNESCO Controversy in Los Angeles, 1951–1953. A Case Study of the Influence of Right-Wing Groups in Urban Affairs, Dissertation an der University of Southern California (1970), S. 40.



zung« vor. »Unsere Kinder werden nicht zu Bürgern Amerikas erzogen«, zitierte sie ein Bericht der *Los Angeles Times*, »sondern zu gesichtslosen Weltbürgern.« Auf einem Foto neben dem Bericht hielt Lyons den Leitfaden für die Lehrer des Bezirks »The ›E‹ in UNESCO« in die Kamera und zeigte auf eine Schultafel, auf der die Namen von Schülern unter den Worten »Unsere Vorfahren waren« den Spalten Englisch, Amerikanisch, Neger, Deutsch, Russisch und Griechisch zugeordnet waren. Die Bildunterschrift lautete: »Erläuterung roter Tricks – Florence Lyons, Autorin, zeigt den republikanischen Frauen Südkaliforniens, wie Kommunismus in den Schulunterricht eingeschuggelt werden könnte.«<sup>26</sup> Das war der Beginn einer Flut von Attacken auf die UNESCO, der vorgeworfen wurde, durch gezielte Verweichlichung der amerikanischen Jugend auf eine sozialistische Weltregierung hinzuarbeiten. Infolge dieser Kampagne setzte der Schulausschuss dem Programm schließlich ein Ende – gegen die Empfehlungen seines eigenen Untersuchungsausschusses und des Vereins der Eltern und Lehrer.<sup>27</sup>

Man kann darin ein Echo von Morgenthaus Warnung vor der Verwässerung des amerikanischen Patriotismus ausmachen, doch die Gleichsetzung von Internationalismus und Kommunismus erscheint zunächst irrational oder bewusst irreführend – wie ein Beispiel für den »paranoiden Stil in der amerikanischen Politik«.<sup>28</sup> Im Kontext von Los Angeles überraschte sie jedoch nicht. Das korrupte und geistig provinzielle Establishment der Stadt, das Politik, Wirtschaft und Medien kontrollierte, war rigide konservativ und sah seine Hauptaufgabe in der Bekämpfung des Kommunismus. Um die städtischen »Open Shop«-Verordnungen durchzusetzen, die Betrieben auch die Einstellung von Arbeitnehmern ohne Gewerkschaftszugehörigkeit erlaubten, agierte die berüchtigte Polizeieinheit »Red Squad« wie eine Privatmiliz gegen Gewerkschafter, unerwünschte Minderheiten und andere »Gutmenschen, Weichlinge und Langhaarige«. Der Zweite Weltkrieg hatte Los Angeles verändert: Es entstand nun endlich die von den Oberen seit Langem versprochene industrielle Basis, begleitet jedoch von einem massiven Zustrom von Afroamerikanern, der 1943 auf monatlich 10000 Menschen angewachsen war. Da in der Stadt bereits die größten mexikanischen und japanischstämmigen Bevölkerungsgruppen

26 Stoddard Case, *Los Angeles Times*, 26. 10. 1951, S. 2.

27 Unesco Friends, Foes Clash at Board Meeting: Cheers and Jeers Force Recess of School Session Before Audience of Nearly 500, *Los Angeles Times*, 26. 8. 1952, S. 2.

28 Vgl. Richard J. Hofstadter, *The Paranoid Style in American Politics*, *Harper's Magazine*, November 1964, S. 77–86.

des Landes lebten, gefährdete dies das Image von Los Angeles als Hochburg weißer angelsächsischer Protestanten.<sup>29</sup>

Während frühere Generationen offen die Vorherrschaft der Weißen befürwortet hatten, erklärte Bürgermeister Fletcher Bowron nach dem Krieg bei einer Unabhängigkeitsfeier am 4. Juli vor 15 000 Bürgern: »Unser Land [...] besteht aus Minderheiten; es stellt die Vereinten Nationen auf einem Kontinent dar.« Offener Rassismus war nun politisch inopportun. Der Kampf um die Herzen und Köpfe der Dritten Welt, der im Zuge des Kalten Krieges tobte, trug zur Delegitimierung weißer Vorherrschaft bei, machte aber zugleich den Antikommunismus zu einer umso mächtigeren Waffe in den Händen weißer angelsächsischer Protestanten, die um ihre Privilegien kämpften. Konservative in Südkalifornien sahen durch die Rassenintegration den heiligsten aller Werte – den Wert ihrer Immobilien – in Gefahr, und ihr Antikommunismus richtete sich nicht nur gegen antirassistische Aktivisten, die unter Kommunismusverdacht gestellt wurden. Als Bürgermeister Bowron die nach dem Krieg zugespitzte Wohnungsnot mit einem öffentlichen Wohnungsbauprogramm eindämmen wollte, gründeten Hauseigentümer ein »Komitee gegen sozialistische Wohnungspolitik«, um seine Abwahl in die Wege zu leiten. Als Teil dieses anhaltenden Kampfs um den Charakter ihrer Stadt – eines Kampfs um die Frage, wer als Amerikaner zählte – verstanden die Einwohner von Los Angeles auch die UNESCO. Viele Konservative sahen in jeglichem Versuch, durch Regierungseingriffe das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital, Mietern und Eigentümern oder Minderheiten und weißen angelsächsischen Protestanten zu verschieben, kurzerhand »Kommunismus, Sozialismus, *New Dealism* und andere Ismen«, wie Lyons das UNESCO-Programm bezeichnete.<sup>30</sup>

In solcher wutentbrannten Rhetorik verbarg sich durchaus ein Körnchen Wahrheit. Auf den ersten Blick scheint ein Leserbrief wie der folgende, der alles, was eine »Neigung« zur UNESCO hatte, aus den Schulen zu verbannen forderte, nur den hysterischen Irrationalismus der McCarthy-Ära zu illustrieren: »Den Kindern wird häppchenweise eine tödliche Dosis Propaganda verabreicht [...] Es ist eine Sache, objektiv über die Vereinten Nationen zu unterrichten; etwas anderes ist es, langsam, Jahr um Jahr, Klas-

---

29 Daniel Hurewitz, *Bohemian Los Angeles and the Making of Modern Politics*, Berkeley 2007, S. 135; Mike Davis, *City of Quartz. Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles*, Berlin/Göttingen 1994.

30 Tom Sitton, *Los Angeles Transformed. Fletcher Bowron's Urban Revival, 1938–1953*, Albuquerque 2005; Hurewitz, *Bohemian Los Angeles*, S. 213, S. 151–188; Allen Leonard, *The Battle for Los Angeles. Racial Ideology and World War II*, Albuquerque 2006.

senstufe für Klassenstufe falsche, einseitige Vorstellungen aufzubauen, damit die zukünftigen Bürger für eine sozialistische Weltregierung sind, die unsere eigene Regierung auf das Niveau eines Vasallenstaats herabsetzt.«<sup>31</sup>

Doch das »Bildungsprogramm für internationale Verständigung« der UNESCO trat tatsächlich für Weltbürgerschaft und eine Weltregierung ein, es richtete sich tatsächlich gezielt an leicht beeinflussbare Kinder, um sie mit subtilen Methoden zu einer supranationalen Loyalität gegenüber den UN zu erziehen.

Was der populistischen Wut unter anderem zugrunde lag, war Angst vor dem Manipulationsvermögen von wissenschaftlichen Experten und ihren sozialtechnologischen Experimenten. In einem anderen Leserbrief gegen die UNESCO hieß es: »Zu lange hat man gesagt: ›Überlasst die Bildung den Experten‹. Jetzt fordern wir, dass unsere Schulen dem Volk zurückgegeben werden.«<sup>32</sup> Die Entrüstung über das UNESCO-Programm speiste sich stärker aus populistischem Unmut über die Sozialtechnologien hinter der Leinwand als aus Angst vor dem russischen Bären hinter dem Eisernen Vorhang.

Wie sich zeigte, hatte niemand eine so starke emotionale Bindung an das Programm wie seine Gegner. Noch Jahre nach seinem Ende agitierten konservative Kandidaten bei Wahlen zum Schulausschuss gegen die UNESCO.

Die Konflikte auf nationaler und lokaler Ebene hatten erhebliche Auswirkungen auf die internationale Organisation. Über Monate hinweg beherrschte die Auseinandersetzung in Los Angeles die Berichterstattung über die UNESCO, und sie war lediglich das bekannteste Beispiel für ein Muster, das im ganzen Land kopiert wurde. Das Sekretariat reagierte darauf, indem es die Grenzen zwischen sich und den »dritten UN« verstärkte; so wurde nun beispielsweise in der Schriftenreihe »Towards World Understanding« des »Bildungsprogramms für internationale Verständigung« die Erklärung fett hervorgehoben: »Diese Broschüre ist in keiner Weise eine offizielle Darstellung der Auffassungen der UNESCO.« Umgekehrt setzten die giftigen Attacken aus Los Angeles das Sekretariat und die »dritte UN« stärker dem mächtigsten Mitgliedsstaat der Organisation aus. Sicherheitsüberprüfungen trugen dazu bei, dass der Anteil von Amerikanern im Sekretariat und unter den Experten zurückging.<sup>33</sup>

---

31 Margaret Fry, Warning on Indoctrination, *Los Angeles Times*, 21. 8. 1952, S. B4.

32 F. P. B., Parent's Stake, *Los Angeles Times*, 11. 6. 1951, S. A4.

33 Foreign Service Despatch, Application of Reference Executive Order, 18. 8. 1953, Public Opinion on Function and Organization of the United Nations, 1946–1959, Box 23, Record Group (RG) 59, National Archives (NA).

Auch auf den Inhalt der UNESCO-Programme wirkten sich die Auseinandersetzungen aus. Auf dem Höhepunkt des Konflikts plante die Bildungsabteilung 1952 ein weiteres Sommerseminar, diesmal unter dem wie gewohnt eingängigen Titel: »Erziehung zur Weltbürgerschaft unter besonderer Berücksichtigung der Prinzipien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte«. Bereits im Februar begannen Mitarbeiter des US-Außenministeriums, die UNESCO-Zweigstelle in New York und amerikanische Bildungspolitiker Protestbriefe aus Südkalifornien an das Sekretariat weiterzuleiten und drängten auf eine Änderung des Titels. Das Sekretariat lehnte dies monatelang ironischerweise mit der Begründung ab, dass es nicht befugt sei, den Namen eines von einem Mitgliedsstaat ausgerichteten Seminars zu ändern. Einen Monat nach der Annahme des Antrags von Senator McCarran, für Weltbürgerschaft eintretende Organisationen von öffentlicher Förderung auszuschließen, änderte das Sekretariat ihn schließlich doch zu »Erziehung zum Leben in einer Weltgemeinschaft«. <sup>34</sup> Generaldirektor Torres Bodet begründete diesen Schritt: »Es war nie das Ziel der UNESCO, Bürger von ihren nationalen Loyalitäten abzubringen [...]. Eine Erziehung, die Menschen lehren will, als Bürger einer Weltgemeinschaft zu leben, muss – in jedem Land – eine *nationale* Erziehung sein.« <sup>35</sup>

Die Änderung markierte eine weitreichende Verschiebung im Charakter und Auftrag der Organisation. Dem *Manchester Guardian* bereitete die vielschichtige Ironie der Angelegenheit diebisches Vergnügen: »Auch die Russen brandmarken – von genau demselben bornierten nationalistischen Standpunkt aus – die Befürworter einer ›Weltregierung! Doch was ist mit all den amerikanischen Idealisten, die, Wendell Willkie folgend, so viel und so ernst von der ›einen Welt‹ reden? Die ideologische Verbindung von Stalin und McCarran muss ihnen das Leben schwermachen.« <sup>36</sup> Das tat sie allerdings. Die Verteidiger der UNESCO waren nun zu der Argumentation gezwungen, dass es »in einem durchaus nationalistischen Sinne im Interesse der Vereinigten Staaten liegt, sich an dieser Art von internationaler Kooperation zu beteiligen«. So formulierte es Irving Salomon, Richter in Südkalifornien und Leiter der US-Delegation für die Generalkonferenz

---

34 Vgl. die Korrespondenz in 327.6 A 074 (492) »53«, Seminar on Education for Living in a World Community – Netherlands 1952 – General, Part 1 bis 31/VIII/52.

35 A Report on the Unesco Seminar on Active Methods of Education for Living in a World Community, 327.6 074 (492) »52« 17, Seminar on Education for Living in a World Community, Part II aus 1/VII/52, Unesco.

36 *Manchester Guardian*, 30. 6. 1952, in: *Weekly Press Review*, Unesco.

von 1953, in einem Untersuchungsbericht, der die UNESCO von der Anklage kommunistischer Subversion freisprach. Salomons Bericht ermöglichte es Präsident Eisenhower, die UNESCO für unbedenklich zu erklären, und entkräftete den Vorwurf, die Organisation wolle Weltbürger in einem politischen Sinne hervorbringen.<sup>37</sup> Streng genommen stimmte das vermutlich. Doch potenziell radikal war die Fiktion einer Weltgemeinschaft, weil sie davon ausging, dass Geisteshaltungen politische Veränderungen herbeiführen können.

Indem sie sich nun auf strategische nationale Interessen beriefen, leugneten die Verteidiger der UNESCO die subversiven Werte des Weltgemeinschaftsgedankens. Der McCarthyismus hatte zur Folge, dass sowohl Befürworter einer Weltbürgerschaft wie paranoide Ultrapatrioten an die obskuren Ränder des politischen Spektrums abgedrängt wurden. Lewin hatte richtig erkannt, dass Konflikte auf der Ebene von Klassenzimmern und Stadtteilen zu internationalen Spannungen beitragen, doch genauer betrachtet waren es die konkreten Besonderheiten der Verhaltensmuster auf verschiedenen Ebenen und die Interaktionen zwischen diesen, die sich auf internationale Beziehungen auswirkten.

### Kein Berater des Fürsten?

Außerhalb der kontrollierten Bedingungen des Labors Klassenzimmer war dem sozialpsychologischen Ansatz zur Schaffung einer Weltgemeinschaft kein Erfolg beschieden. Die letzte große Initiative des »Tensions«-Projekts war ein synthetisierender Überblick, erschienen als »The Nature of Conflict. Studies on the Sociological Aspects of International Tensions«. Jessie Bernard, Soziologin an der University of Pennsylvania, übte darin scharfe Kritik an den »Grundannahmen« des »sogenannten ›Tensions«-Ansatzes«. Sie warnte vor der beinahe kultischen Begeisterung für Kurt Lewins manipulative Handlungsforschung und mokierte sich über die freudianische »Klempnerei«-Theorie, die verstopfte Abflussrohre für Aggressionen verantwortlich mache. Statt des »Tensions«-Ansatzes empfahl sie »die Theorie der Strategiespiele als Grundlage für die Soziologie des Konflikts«. <sup>38</sup> Raymond Aron kam ebenfalls zu einem negativen Urteil. Er bot eine brillante Begründung dafür, warum sowohl die Sozialpsychologie des »Tensi-

37 An Appraisal of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Juli 1953, 398.43-Unesco/7-3153, RG 59, NA.

38 Jessie Bernard, The Sociological Study of Conflict, in: International Sociological Association (Hg.), The Nature of Conflict, Paris 1957, S. 33-117.

ons«-Projekts als auch Bernards Systemtheorie für einen Historiker unbefriedigend bleiben mussten: Beide versuchten, durch die Aufdeckung sozialer Gesetze der Geschichte zu entfliehen. Laut Aron konnte nur eine sorgfältige Analyse des jeweils konkreten Falls Ursache und Wirkung sauber unterscheiden; was die Sozialwissenschaften bestenfalls anbieten könnten, seien Analogien zu ähnlichen historischen Momenten: »Nur ein Soziologe, der die historische Methode verwendet, kann Berater des Fürsten werden.«<sup>39</sup>

So blieb es dem ehemaligen Leiter des »Tensions«-Projekts Robert Angell, Soziologe an der University of Michigan, überlassen, den Ansatz gegen die vernichtende Unterstellung zu verteidigen, dass er unvertretbar »weich« und für die harten Realitäten des Kalten Krieges folglich irrelevant sei. »Es ist eine der großen Hoffnungen der Welt«, so Angell, »mit Hilfe der Sozialwissenschaften einen Weg zu einem stärker inklusiven sozialen System zu finden, in dem Staaten friedlich zusammenarbeiten können.« Der »Tensions«-Ansatz wolle die Spielregeln selbst verändern. Und anstatt Fürsten zu beraten, sollten die Sozialwissenschaftler, so Angells Appell, mit den »buchstäblich Tausenden von Menschen auf der ganzen Welt« zusammenarbeiten, »die ein starkes Interesse daran haben, an der Schaffung eines größeren sozialen Systems mitzuarbeiten«. Der Schlüssel zu einer demokratischen Weltordnung bestehe darin, die Bürgerschaft zur Weltoffenheit zu erziehen.<sup>40</sup> In einer Demokratie war das Volk – wenigstens der Theorie zufolge – der Souverän.

Doch in der internationalen Gemeinschaft waren die Staaten die Souveräne. Und wie anhand des Konflikts in Los Angeles deutlich geworden war, hatten in der mächtigsten Nation der Welt Tausende von Menschen ein starkes Interesse daran, das bestehende exklusive soziale System zu bewahren. Die Analyse von Spannungen büßte ihre normative, explizit anti-nationalistische Spitze ein; psychologisch-kulturelle Forschungen wurden nun unter den Rubriken Verhaltenswissenschaften, Modernisierungstheorie und Regionalwissenschaften fortgeführt. Traditionelle Kulturen in moderne Nationen zu verwandeln besaß Vorrang vor einer Veränderung der Moderne selbst.

Viele Beobachter begrüßten diesen »realistischeren« Ansatz. In der 1954 veröffentlichten zweiten Ausgabe von »Politics among Nations« erklärte Morgenthau, warum er die internationale Zusammenarbeit nun dif-

---

39 Raymond Aron, *Conflict and War from the Viewpoint of Historical Sociology*, in: ebenda, S. 177–203, hier S. 203.

40 Robert C. Angell, *Discovering Paths to Peace*, in: ebenda, S. 204–223, S. 217, S. 223.

ferenzierter behandle: Die erste Ausgabe seines Buches »musste in ihrer Philosophie ebenso radikal sein wie die Fehler der anderen Seite. Nachdem diese Schlacht weitgehend gewonnen ist, kann der polemische Zweck nun der Festigung einer Position Platz machen, die nicht mehr erkämpft, sondern lediglich verteidigt und neuen Erfahrungen angepasst zu werden braucht.« Angesichts der anhaltenden »antikolonialen Revolution« sei es wichtig, »den Kampf um die Köpfe der Menschen als eine neue Dimension der internationalen Politik zu begreifen, die zu den traditionellen Dimensionen von Diplomatie und Krieg hinzutritt«. In der Dynamik des Kalten Krieges konnten die UN-Organisationen Morgenthau zufolge dem nationalen Interesse der USA auf diesem neuen ideologischen Schlachtfeld dienen.<sup>41</sup> Doch die Art und Weise, in der die Schlacht gegen den Idealismus gewonnen worden war, hatte eben die Menschen befremdet, deren Köpfe die Kalten Krieger erobern wollten.

G. John Ikenberry unterscheidet in der Nachkriegsära zwei Arrangements unter US-Führung: das eine sei in dem neuen System liberaler internationaler Organisationen institutionalisiert worden, das andere habe sich in der Politik der »Eindämmung« des Kommunismus ausgedrückt.<sup>42</sup> Doch als die amerikanische Beteiligung an der UNESCO staatlicher Kontrolle unterworfen und die Bewegung für eine Weltgemeinschaft in den Vereinigten Staaten zurückgedrängt wurde, entwickelte sich die UNESCO selbst zu einem Instrument der Eindämmungspolitik der Regierung Eisenhower.

Diese Veränderungen fielen indes zeitlich mit dem Tauwetter nach Chruschtschows Machtübernahme zusammen, in dem eine sowjetische Beteiligung an der UNESCO naheliegender schien. Tatsächlich diktierten die Logiken der friedlichen Koexistenz und der Eindämmung den beiden Supermächten ein ähnliches Verhältnis zu der Organisation. Der Ostblock führte zwar ein Element von lärmendem Theater in die Generalkonferenz ein, seine Auftritte waren jedoch vorhersehbar und banal. Und wie der Vorsitzende der US-amerikanischen UNESCO-Kommission gegenüber dem Außenministerium erklärte, steigerte »der sowjetische Beitritt die Bedeutung der UNESCO auf der Weltbühne« und für die US-Außenpolitik.<sup>43</sup> Angesichts des klaren bipolaren Machtgleichgewichts verflüchtigte sich die Auseinandersetzung, zu der die UNESCO seit ihrer Gründung Anlass

---

41 Hans Morgenthau, *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace*, 2. Ausgabe, New York 1954, S. vii.

42 G. John Ikenberry, *After Victory. Institutions, Strategic Restraint, and the Rebuilding of Order after Major Wars*, Princeton 2001.

43 Baker an McCardle, 21. 1. 1955, 398.43 UNESCO/1–2135, Box 1552, RG 59, NA.

gegeben hatte, und das Budget der Organisation stieg stetig an. Diese günstige Entwicklung gedieh ironischerweise infolge der Spannungen des Kalten Krieges. Doch für außenpolitische Zwecke war die UNESCO ein ungeeignetes Instrument, und der kurzsichtige Realismus beider Supermächte sorgte dafür, dass keine Seite sie wirkungsvoll nutzen konnte.

Da die Koexistenz auf wechselseitiger Feindschaft gründete, gewann der technische Ansatz einer internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit an Bedeutung, um die ideologische Kluft zwischen den Supermächten zu überbrücken. 1957 gab Generaldirektor Evans der sowjetischen Forderung nach einem Führungsposten im Sekretariat nach. Während die Sowjets darauf drängten, die Abteilung für Beziehungen zu Mitgliedsstaaten oder die Kulturabteilung zu leiten, meinte das US-Außenministerium, dass bei der Abteilung Naturwissenschaften »verzerrende Einflussnahme und Subversion« am wenigsten zu befürchten seien.<sup>44</sup> Die Abteilungen Bildung und Sozialwissenschaften kamen nicht infrage. Auf Grundlage einer geteilten Begeisterung für technologisch gestützte Entwicklung war internationale Kooperation jedoch möglich.

Während sich die Regierungsvertreter in kleinlichen Schaukämpfen darüber ergingen, ob Resolutionen für »friedliche Kooperation« oder »friedliche Koexistenz« plädieren sollten, gab der sowjetische Leiter der Abteilung Naturwissenschaften, der Bodenkundler Viktor Kowda, ein Beispiel dafür, wie Wissenschaftler den patriotischen Dienst am eigenen Staat mit den Idealen der transnationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft vermitteln konnten. Im Rahmen seiner Abteilung handelten Wissenschaftler internationale Standards, Klassifikationssysteme und optimale Methoden aus – häufig mit mehr Interesse an Sachfragen als an internationaler Politik. Solche Arbeit war entscheidend, um Wissensgemeinschaften zu pflegen – transnationale Netzwerke von Experten, die ein gemeinsames Ethos von Wissenschaft miteinander teilten.<sup>45</sup>

Der Funktionalismus brachte Wissensgemeinschaften hervor; gleichzeitig bildete das Konzept der Wissensgemeinschaft das elitäre Gerüst der funktionalistischen Theorie. Das explizit normative Anliegen einer Weltgemeinschaft von Bürgern, das auf Veränderung zielte, war aufgegeben worden. So hatten die internationalen Expertennetzwerke zwar Schnittstellen zu nationalen Regierungen und internationalen Sekretariaten, doch während die »drei UN« somit eng verwoben waren, verlor die Vision der

---

44 McCullough an Carson, 1. 4. 1957, 398.43-UNESCO/10-1656, Box 1559, RG 59, NA.

45 Peter Haas (Hg.), Knowledge, Power, and International Policy Coordination, Sonderheft der Zeitschrift *International Organization* 46 (1992), Heft 1.



»vierten UN« ihre Lebenskraft. Was die technische Strategie hervorbrachte, war eine intellektuelle Gemeinschaft, die mit keiner Öffentlichkeit mehr kommunizierte. Wie ein vom Körper abgetrennter Kopf konnte sie immer überzeugender eine interdependente, mit globalen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen konfrontierte Welt beschreiben, ohne jedoch Macht zum Handeln zu besitzen.

Aus dem Englischen von Felix Kurz